

BARBARA NOVAK, MA
VIZEBÜRGERMEISTERIN UND
AMTSFÜHRENDE STADTRÄTIN FÜR
FINANZEN, WIRTSCHAFT,
ARBEIT, INTERNATIONALES
UND DIGITALES

Wien, 26. Mai 2026
PGL-470560-2026-KFP/GF
Rap/Mim

Schriftliche Anfrage der Gemeinderäte Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) und Maximilian Krauss, MA (FPÖ) betreffend „Präventionskonzept gegen Antisemitismus im Rahmen des Eurovision Song Contest“

Herr Gemeinderat
Ing. Udo Guggenbichler, MSc
FPÖ

Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Die von Ihnen am 25. März 2026 eingebrachte Anfrage betreffend „Präventionskonzept gegen Antisemitismus im Rahmen des Eurovision Song Contest“ erlaube ich mir wie folgt zu beantworten:

1. Ist nun ein umfassendes Präventions- und/oder Sicherheitskonzept hinsichtlich antisemitischer Ausschreitungen während des Eurovision Song Contests 2026 vorhanden?

Als weltoffene und lebenswerte Stadt bekennt sich Wien zu einem respektvollen Miteinander aller Menschen, egal welcher Herkunft oder Religion. Jeder Form von Rechtsextremismus und Antisemitismus treten wir mit aller Entschiedenheit und ohne Kompromisse entgegen. Toleranz, Offenheit und gegenseitiger Respekt sind unantastbare Werte, auf denen Wien seit jeher aufgebaut ist. Sie bilden das Fundament unseres demokratischen Zusammenlebens.

Für den Eurovision Song Contest 2026 wurden umfassende Sicherheitskonzepte von Bundesdienststellen erarbeitet, die eine Vielzahl potenzieller Bedrohungsszenarien berücksichtigten. Aufgrund der gesetzlich festgelegten Zuständigkeiten waren zahlreiche Organisationseinheiten der Landespolizeidirektion Wien sowie verschiedene Dienststellen des Bundesministeriums für Inneres und anderer Bundesministerien in die Ausarbeitung und Mitwirkung eines umfassenden Sicherheitskonzeptes eingebunden.

Den behördlichen Genehmigungen der Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem ESC lagen außerdem Sicherheitskonzepte zugrunde, die sich auf die jeweilige Veranstaltungsstätte bezogen. Diese wurden auf Basis der Einschätzung der abstrakten und konkreten Gefahrenlage durch die Landespolizeidirektion Wien erstellt und mit dieser abgestimmt.

- 2. Wird im Zuge dieses Konzepts dabei gewährleistet, dass alle beteiligten Stellen (Veranstalter, Sicherheitsdienste, Behörden) entsprechend eingebunden sowie geschult und sensibilisiert werden, um dadurch wirksame Maßnahmen zur Verhinderung antisemitischer Ausschreitungen im Rahmen des Eurovision Song Contest 2026 zu garantieren?**

Es fanden in regelmäßigen Abständen Sicherheitsbesprechungen unter Einbindung sämtlicher an der Organisation des Eurovision Song Contest 2026 beteiligten Akteur*innen, das sind die EBU, der ORF, die Stadt Wien Marketing GmbH, unterschiedliche Abteilungen der Stadt Wien, Wiener Linien, Bundesministerium für Inneres, Landespolizeidirektion Wien, etc., statt. Gegenstand dieser Abstimmungen war insbesondere die umfassende Bewertung und laufende Aktualisierung sämtlicher relevanter möglichen Bedrohungslagen sowie die gemeinsame Ausarbeitung der diesbezüglich notwendigen Maßnahmen. Die seitens der eingebundenen Organisationseinheiten eingesetzten Mitarbeiter*innen wurden entsprechend geschult und sensibilisiert.

Die Sicherstellung eines reibungslosen und sicheren Verlaufs des ESC basierte auf einem verlässlich eingespielten, eng abgestimmten Zusammenspiel aller agierenden Personen, die sich bereits bei vergangenen Großveranstaltungen nachweislich wirksam bewährt hat.

- 3. Welche Stellen und Organe sind bei diesem Konzept involviert? Bitte um eine vollständige Auflistung.**

Das waren vorrangig die EBU, der ORF, die Stadt Wien Marketing GmbH, unterschiedliche Abteilungen der Stadt Wien, Wiener Linien, Bundesministerium für Inneres und die Landespolizeidirektion Wien.

- 4. Welche Summen werden nun konkret, sowohl vom Budget des Main- als auch der Side-Events, für die Sicherheit der Teilnehmer, Zuschauer und Organisatoren aufgewendet, vor allem auch hinsichtlich antisemitischer Bedrohungen und Störungen? Diese bitte vollständig aufgelistet und in Relation zu den genehmigten Budgets.**

Veranstalter des Eurovision Song Contest in Wien war der ORF. Die Stadt Wien fungierte als Host City und übernahm Leistungen bzw. Kosten bis zu einem maximalen Gesamtwert von 22,6 Millionen Euro. Eine gesonderte Zurechnung von Sicherheitskosten zu einzelnen Bedrohungsszenarien ist in unserem Zuständigkeitsbereich nicht zweckmäßig und möglich. Aufgrund der noch laufenden Rechnungslegung liegt eine finale Summe der Sicherheitskosten noch nicht vor. Über Kosten des Veranstalters ORF in diesem Zusammenhang stehen der Stadt Wien keine Informationen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vizebürgermeisterin und
amtsführende Stadträtin für
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit,
Internationales und Digitales

(elektronisch gefertigt)

Barbara Novak, MA

